

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin.

* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 *

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Minister Dr. Drews über das gleiche Wahlrecht.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Großes Hauptquartier, 1. Mai

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten von Loker und Oranoeeter zu größerer Heftigkeit auf. Frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte versuchten vergeblich gegen Oranoeeter vorzudringen. Ihr mehrfacher Ansturm brach in unserem Feuer zusammen.

Auf dem Schlachtfelde beiderseits der Somme führten wir erfolgreiche Erkundungen durch.

Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von Royon und über den Dife-Méne-Kanal bei Barednes brachten mehr als 50 Gefangene ein.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Finnland.

In verzweifelten Kämpfen versuchte der Feind, unsere Linien nordöstlich von Sabastehus und bei Pajhi zu durchbrechen. Unter schweren Verlusten wurde es zurückgeschlagen.

Finnländische Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

Ukraine.

In der Krim haben wir Teodosia kampflös besetzt. Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Freikonservative und ähnliches Wahlrecht

mir aus Gorbavak am Ladogasee fochten zugehende Meldung, zahllose Flüchtlingsscharen aus Petersburg befanden sich auf dem Wege über Konevich und Balaam (Inseln am Ladoga-See), die sich vor den in Petersburg bevorstehenden Straßenkämpfen retteten. Tut man auch gut, den jetzt über Finnland herziehenden

langenden Gerüchten Skepsis entgegenzubringen, so klingen alle diese aus den verschiedenen Quellen gleichzeitig und gleichlautend herfließenden Meldungen über Unruhen in Rußland nicht ganz unwahrscheinlich.

Max Th. Bohrmann.

Die Regierung gegen den Antrag Lohmann.

Mit einem symbolischen Akte begann die heutige Sitzung. Der schwedische Präsident nahm in feierlichster Form den in den letzten Monaten neu eingetretenen Mitgliedern den Eid ab, in dem sie dem Könige Treue und Gehorsam geloben. Einer nach dem andern trat an den Tisch des Hauses und leistete mit erhobener Hand den Schwur. Auch Dr. Franz Mehring.

Und dann kam der Wahlrechtsdebatte zweiter Teil. Dr. Lohmann sprach heute frischer, selbstbewusster als auf dem Vertretertag seiner nationalliberalen Parteifreunde. Der jubelnde Beifall der Rechten schenkte seine Rede zu bejubeln. Man tut trotzdem diesem Manne zweifellos Unrecht, wenn man ihn einen Rückschrittler nennt. Er glaubt ehrlichen Herzens, wahrhaft nationalliberale Politik zu machen, weil er an dem festhält, was noch vor einem Jahre die Mehrheit seiner Partei für Recht hielt. Daß die Dinge sich gewandelt haben, läßt seine schwerfällige Art unberührt. Er kann nicht über seine Natur hinaus, der jeder freie Schwung, alle Phantasie verstopft ist. Ihm so häßlich ist der Zug der Hartnäckigkeit ausgeprägt, der bei großen Naturen zur Höhe führt, durch mittlere Begabung oder zum ängstlichen Abschluß gegen jede befruchtende Beeinflussung von außen. Wenn man Namen-Ethymologie treiben will, kann man daran denken, daß im Althochdeutschen „Loh“ die Bedeutung von Waid hatte. Die „Lohmann“ waren ein Geschlecht, das sich fern von den Siedlungen der Dorfgenossen eine Heimstätte im Walde rodet. Etwas von der Art des Eingängers steckt dem nationalliberalen Parteiführer zweifellos im Blute. Politik ist aber ein politisches, ein gesellschaftliches Geschäft, vor allem nationale Politik, deren Bedeutung stets darin bestand, daß sie von besonders geschickten und schmeichelfähigen Händen gelenkt wurde. Herr Dr. Lohmann aber mußte seine Rede mit dem Bekenntnis beenden, daß er nur für die eine Hälfte seiner Freunde spreche. Ein härteres Urteil über die Tüchtigkeit eines Parteiführers kann es gar nicht geben. Im übrigen brachte seine Rede nur Wiederholungen.

Die politische Temperatur im Saale schien zunächst, nach den gestrigen Gewitterentladungen, wesentlich abgekühlt. Auch der Minister des Innern, Dr. Drews, der sich bei den Konservativen einer besonderen Abneigung erfreut, wurde zunächst mit vollkommener Ruhe angehört; auch als er zur Beseitigung jeder Zweifelsmöglichkeit den Zwei-Stimmen-Antrag Lohmanns ausdrücklich für unannehmbar erklärte. Zum Schluß gab es aber doch den üblichen scharfen Zusammenstoß. Der Minister hatte für die beste Förderung der Sozialdemokratie erklärt, wenn man die Vorlage zum Scheitern bringe und hätte auf die dann eintretenden Erschütterungen hingewiesen, aus denen ein noch weit radikaleres Wahlrecht hervorgehen würde. Auf Zwischenrufe der Rechten, die ihm Angstmeierei vorwarf, erwiderte Drews mit einem Aufgebot an Temperament, das auf alles andere schließend läßt, als auf Mangel an Mut und Energie.

Für die Fortschr. Volkspartei sprach ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Pachnide, der die Auflösung für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechtes für selbstverständlich erklärte. Unter dem Beifall der Linken empfahl er ein Wahlrecht, das vom Zentrum bis zu den gemäßigten Sozialdemokraten reicht.

Die Länge der Rednerliste läßt darauf schließen, daß die Abstimmung nicht vor morgen erfolgen wird. Gemeinbet sind für die freikonservative Mehrheit Justizrat Lüdicke und Justizrat Reuwoide, für die Sozialdemokratie Hirsch, für die Unabhängigen Ströbel. Als zweiter konservativer Redner ist, wie erwähnt, der Landrat v. d. Osten zu erwarten. Die nationalliberalen Anhänger des gleichen Wahlrechtes vertritt Prof. Otto-Götting. Weiterhin findet sich der Name des Herrn v. Kardorff auf der Tafel. Damit hat es eine besondere Bewandnis. Der Sohn des alten freikonservativen Führers ist bereits früher durch seine moderne Auffassung und sein Eintreten für weitgehende Verwaltungsreformen aufgefallen. In der Wahlrechtsfrage steht er auf dem Boden der Regierungsvorlage, und er hat, da ihm

die Fraktion verwehren wollte, seiner Überzeugung auf der Rednertribüne Ausdruck zu geben, heute, wie auch an anderer Stelle mitgeteilt ist, seinen Austritt erklärt. Seiner Rede wird man mit um so größerem Interesse entgegensehen.

J. E.

Der Sitzungsbericht.

Präsident Graf Schwerin-Binsk eröffnete die Sitzung kurz nach 12 Uhr. Zunächst wurden fünf neue Mitglieder des Hauses in der üblichen Form vereidigt. Sodann wird die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage fortgesetzt.

Als erster Redner spricht der Vorsitzende der Nationalliberalen Landtagsfraktion Dr. Lohmann.

Hbg. Dr. Lohmann:

Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Heiterkeit.) Unser Standpunkt ist ja aus den Verhandlungen im Ausschuss und im Plenum sowie aus den Parteiverhandlungen bekannt. Dennoch wollen wir die Gründe noch einmal darlegen, die uns auch jetzt noch bewegen. Wir haben zwar nicht die Hoffnung, noch irgend jemanden durch Gründe überzeugen zu können. Dennoch fühlen wir die dringende Verpflichtung, für die Urkunde dieses Hauses unseren Standpunkt festzustellen. Meine engeren politischen Freunde halten fest an dem Widerstand gegen die Vorlage der königlichen Staatsregierung (Bravo rechts). Ich werde die Gründe dafür in aller Kürze darlegen. Wir haben Beforgungen und Besürchtigungen auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens, Besürchtigungen, die durch diese Vorlage erzeugt wurden. Wie wirkt sie zunächst auf die Sozialdemokratie? Wir fürchten, daß durch die Einführung des gleichen Wahlrechtes ein überaus hartes Anwachsen der sozialdemokratischen Partei stattfinden werde. Das gleiche Wahlrecht wird bei uns in Preußen radikaler wirken als im Reich. Das kann keinem Zweifel unterliegen, denn die Zusammenfassung unserer Bevölkerung ist in Beziehung auf das gleiche Wahlrecht viel ungünstiger als die Zusammenfassung der Bevölkerung in ganz Deutschland. Dazu kommt nun der wesentlich größere Einfluß, den die Polen auf Grund des gleichen Wahlrechtes in Preußen erlangen würden. Ihre Macht wird sehr viel stärker in Erscheinung treten als im Reich, und durch sie wird die sozialdemokratische Partei noch mehr anwachsen. Nach den letzten Reichstagswahlen betrug der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen 600. Sind Sie sicher, daß dieser Zuwachs sich nicht vergrößern wird? Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Sozialdemokratie so answellen wird, daß sie mit einem Male mit den Polen und Welfen über die Mehrheit im Hause verfügen können. Auf Grund von Berechnungen führt Dr. Lohmann sodann aus, daß Polen, Sozialdemokraten und Welfen zusammen über eine Zahl verfügen könnten, die einer absoluten Mehrheit des Hauses wenigstens sehr nahe kommt. Dazu kommt nun, daß die Fortschrittliche Volkspartei dieser Mehrheit angehören würde. Das bedeutet nicht eine Verschiebung gegen die Fortschrittliche Volkspartei, sondern soll nur eine ganz objektive Feststellung sein.

Wir stehen vor einem allgemeinen Stützpunktverständnis der Herren Fortschrittler mit der Sozialdemokratie, durch das die Herren Fortschrittler mit der Sozialdemokratie, durch das die Zahl der Sozialdemokraten bedeutend vermehrt wird. Wäre dies handen gewesen, so hätten wir im Reichstag vermutlich noch 15 bis 20 Sozialdemokraten mehr als heute. Was diese Abhängigkeit der Fortschrittler von den Sozialdemokraten bedeuten wird, können Sie ermessen. Wenn man einen so harten Protogebener hat, wie die Herren Sozialdemokraten es sind, so muß man ihnen gehorchen. Es würde also in absehbarer Zeit im Abgeordnetenhaus eine sozialdemokratisch-polnisch-fortschrittliche Mehrheit herrschen. Die Regierung hat sich nun darüber nicht ausgesprochen, wie sie sich die Bildung dieser Mehrheit denkt. Sie hat allgemein zugegeben, daß eine starke Radikalisierung durch das gleiche Wahlrecht erfolgen wird. Sie hat aber mit dem Optimismus, der sie jetzt bei der Behandlung der ganzen Vorlage auszeichnet, gemeint, der Radikalismus werde zwar kommen, aber nicht so gefährlich werden. Wir hoffen auf das Bestimmteste, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Wählermassen in Beziehung auf die staatlichen und sozial-